



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Großherzog Friedrich von Baden in Vesfailles. 6

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Großherzog Friedrich von Baden in Versailles

6



Im Gegensatz zu der Haltung des bayrischen Landtags hatten sich die Landtage von Baden, Württemberg und Hessen beeilt, den auf sie gesetzten patriotischen Erwartungen zu entsprechen. Der badische Landtag hatte am 16. Dezember, also schon vor Empfang der Reichstagsdeputation in Versailles, die Verträge mit dem Norddeutschen Bunde und die Militärkonvention mit Preußen angenommen und eine Adresse an den Großherzog beschlossen, die Lorenz mit Recht als eines der schönsten Denkmale der großen Zeit bezeichnet. Es heißt darin: „Und als es galt, das Einigungswerk Deutschlands zu vollenden, da waren Eure Königliche Hoheit der erste, um das Wort der Treue gegen Deutschland mit Verleugnung jedes Sonderinteresses einzulösen, in der Überzeugung, daß das, was Deutschland stark und frei zu machen berufen ist, auch dem Teil des Ganzen, dem geliebten Heimatlande, zum Segen und Heil gereicht.“ Der württembergische Landtag nahm die Verträge am 23. an, der hessische in beiden Kammern am 20. und 29. Dezember, sodaß für ganz Deutschland mit Ausnahme von Bayern die Reichsverfassung mit Antritt des neuen Jahres Gültigkeit hatte.

In München lagen die Sachen so, daß es der Ministerpräsident Graf Bray nach seiner Rückkehr nicht hatte durchsetzen können, vom Könige zum mündlichen Vortrag zugelassen zu werden, und da der Abgeordnete Jörg erklärte, der Ausschuß werde mehrere Wochen zur Abstattung eines Berichtes an die Kammer nötig haben, so war der bayrische Ministerpräsident in die beschämende Notwendigkeit versetzt worden, dem Bundeskanzler anzuzeigen, daß er den für den 1. Januar festgestellten Ratifikationstermin nicht innehalten könne.

Die in Versailles anwesenden deutschen Fürsten waren jedoch darüber einig, daß der Neujahrstag nicht vorübergehn dürfe, ohne der Nation ein Zeichen zu geben, daß der Kaiser nicht wieder in den Kyffhäuser entwichen sei. Sehr entschieden trat der Kronprinz auf, der am 28. Dezember den Entwurf zu einer Proklamation niedergeschrieben hatte, in der der Entschluß des Königs verkündigt werden sollte, nach dem Wunsch und Antrag der Fürsten das Reich und das Kaisertum der Deutschen wiederherzustellen. Der in diesem Entwurf enthaltne Hinweis auf das alte Kaisertum fand jedoch keinen Beifall, und auch Bismarck vermochte sich nicht damit zu befreunden. Der König bestimmte überdies ausdrücklich, daß mit einer feierlichen Verkündung gewartet werden solle, bis die

Verhandlungen in den bayrischen Kammern in der einen oder andern Weise abgeschlossen seien. Wie der Großherzog in seinen Aufzeichnungen berichtet, war die Stimmung, als man sich am Silvesterabend beim König versammelte, sehr ernst, und König Wilhelm selbst verriet eine große innere Bewegung in den freundlichen Worten, die er fast an jeden einzelnen der Anwesenden mit dankbarer Anerkennung des von allen Geleisteten richtete. Der Stimmung der Fürsten gab der Kronprinz mit der Bitte Ausdruck, daß beim Empfang am Neujahrsmorgen eine Ansprache mit Rücksicht auf die Schöpfung des Reiches und des Kaisers gehalten werden dürfe, aber der König konnte sich besonders im Hinblick auf eine erneute Erkrankung des Bundeskanzlers, der wieder an einer Venenentzündung daniederlag, dazu nicht entschließen.

Bismarck hatte sich seit mehreren Tagen in seiner Wohnung so vollständig abgeschlossen, daß auch der Großherzog von Baden nicht zu ihm gelangen konnte. Am Neujahrsmorgen verabredeten jedoch die anwesenden Fürsten, der Großherzog solle bei der königlichen Tafel eine Rede in ihrem Namen mit dem Hinweis auf die Neugestaltung der Dinge halten, wozu sich der Großherzog unter der Bedingung bereit erklärte, daß er die Zustimmung des Königs dazu erlangen könne. Großherzog Friedrich selbst berichtet darüber: „Alles, was den König persönlich betrifft, ist ihm unangenehm, und besonders, wenn etwas gesagt werden soll, was zu seinem Lobe dient, so protestiert er dagegen. So war es denn auch zuerst, als ich ihm den Wunsch der Fürsten und meine Gedanken darüber mitgeteilt hatte. Endlich aber sagte er: Er wolle selbst einen kurzen Trinkspruch auf die Anwesenden ausbringen, und da könne ich ja dann darauf antworten, aber ganz kurz. Ich bat ihn nun, aus Rücksicht für die Absicht der Fürsten mir zu gestatten, ihm das Wesentliche meines Entwurfs mitzuteilen, und nachdem es geschehen war, sagte er: Nun in Gottes Namen, wenn ihr es so wollt, so will ich euch nicht stören, aber wissen will ich nichts davon, denn das darf man nicht glauben, daß ich mir solche Dinge gern sagen lasse.“ Zur Tafel waren alle in Versailles anwesenden Fürsten eingeladen, auch der Kronprinz von Sachsen war aus seinem Hauptquartier eingetroffen, es war eine Gesellschaft von mehr als hundert Personen. Zur gegebenen Zeit erhob sich der König zu einem Trinkspruch, worin er den Wunsch aussprach, daß das neue Jahr für Deutschland ein glückliches werden möge. Er blicke dankend auf das abgelaufne Jahr, in dem durch die Mitwirkung der deutschen Fürsten und des vereinigten Heeres so Großes geleistet worden. Er danke dem Heere und dessen Führern sowie den Fürsten und bringe deren Wohl aus. Die herrliche Antwort des Großherzogs hier vollständig wiederzugeben, gestattet der Raum nicht, sie ist ohnehin in alle Geschichtsbücher der großen Zeit übergegangen. Sie gipfelt in dem Satz: „Der heutige Tag ist dazu bestimmt, das ehrwürdige Deutsche Reich in verjüngter Kraft erstehen zu sehen. Eure königliche Majestät wollen aber die angebotne Krone des Reiches erst dann ergreifen, wenn sie alle Glieder desselben schützend umfassen kann. Nichtsdestoweniger erblicken wir

heute schon in Eurer königlichen Majestät das Oberhaupt des deutschen Kaiserreichs und in dessen Krone die Bürgerschaft unwiderruflicher Einheit“. Der Großherzog schloß mit einem Hoch auf König Wilhelm den Siegreichen, eine Bezeichnung, die der König von Bayern zu geschichtlicher Bedeutung erhoben habe. Der König reichte dem Großherzog freundlich die Hand und sagte: „Nun, Du hast das Beste für die Einigung getan, Dir gebührt der Dank dafür.“ Auch verlangte der König eine schriftliche Aufzeichnung der Rede.

Nachdem der Gedanke, das Weihnachtsfest für die Kaiserproklamation zu benutzen, hinfällig geworden war, war bei dem König der Wunsch entstanden, dem 18. Januar, dem bedeutungsvollsten Tage seines Hauses, durch Verkündigung der Kaiserwürde eine neue Weihe zu geben. Am 5. Januar richtete er ein Schreiben an Bismarck, der noch immer das Zimmer hütete, des Inhalts, daß er nun baldigst Vorschläge erwarte über alles, was die Einsetzung und die Ausstattung des Deutschen Kaiserreichs betreffe; die Titelfrage, die Ausdehnung des Titels auf die königliche Familie, Wappen, Fahnen und Flaggen waren die wesentlichen Punkte, die der König erledigt zu sehen wünschte. Er war damals auch durchaus bereit, für das gesamte deutsche Heer das kaiserliche Abzeichen einzuführen, wie das ja auch in der Militärkonvention mit Baden vorgesehen war, und gab diese Absicht erst auf, als sich die Schwierigkeiten aller Art fortgesetzt mehrten. Bismarck sandte alsbald den Minister Delbrück zum Kronprinzen, der sich mit diesen Dingen schon seit längerer Zeit beschäftigt hatte, um mit ihm eine Vorlage vorzubereiten. Der Kronprinz erwiderte, der Titel des Kaisers solle Kaiser von Deutschland lauten, der des Kronprinzen dementsprechend. Das ganze königliche Haus müsse kaiserlich werden, das gesamte deutsche Heer solle kaiserlich deutsches Heer, die Marine kaiserlich deutsche Marine heißen. Das gesamte Heer solle die schwarzweißrote Kokarde und das schwarzweißrote Fahnenband führen. Der Großherzog sowie auch der Herzog von Koburg waren mit diesen Ansichten des Kronprinzen durchaus einverstanden, die nun gemeinschaftlich mit den Vorschlägen des Bundeskanzlers dem Könige vorgelegt wurden und zunächst Gegenstand weiterer schriftlicher Verhandlungen waren. Bismarck berichtet in seinem Vortrag dem Könige, die bayrischen Bevollmächtigten hätten schon bei den Verhandlungen im November die Bedingung gestellt, der Titel „Kaiser von Deutschland“ dürfe nicht gebraucht werden, und er beantrage darum die Führung des Titels „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen“. Die Königin soll den kaiserlichen Titel führen, der Kronprinz und die Kronprinzessin die gegenwärtige Bezeichnung behalten, jedoch kaiserliche und königliche Hoheit genannt werden. Wie es der König mit den übrigen Mitgliedern des königlichen Hauses gehalten wissen wolle, stelle er, der Bundeskanzler, ehrfurchtsvoll anheim. In betreff der Armee und ihrer Abzeichen schloß sich Bismarck der schließlichen Meinung des Königs an, daß Preußen die preußischen Fahnen und die andern Kontingente die ihrigen behalten sollten, nur in Kriegszeiten solle allen ein dreifarbiges Fahnenband

gemeinsam sein. Die Kokarde wünschte der Kanzler auf das ganze Heer angewandt, für die Marine die kaiserliche Bezeichnung.

Es ist hier der geeignete Ort, eine historische Reminiszenz über die Entwicklung einzuschalten, die der Bundeskanzler wegen der deutschen Frage an sich selbst durchgemacht hat. Es ist im Anfang dieser Darstellung mitgeteilt worden, daß sich in Unterredungen mit dem Großherzoge, die in Berlin im März 1870 zur Zeit des Geburtstags des Königs stattfanden, Bismarck dem Kaisergedanken zugänglicher gezeigt habe. Sieben Monate zuvor fand zwischen ihm und Roon ein Briefwechsel statt, der dadurch hervorgerufen worden war, daß Roon für die Marinebeamten die preußische Amtsbezeichnung erhalten zu sehen verlangte, um ihnen die Kommunalsteuerfreiheit zu sichern, die für die Beamten des Norddeutschen Bundes nicht bestand. Es war daraus eine Haupt- und Staatsaktion entstanden. Das Staatsministerium hatte gegen Roon, der damals auch Marineminister war, entschieden, und Roon wollte infolgedessen seinen Abschied nehmen. Bismarck hatte an diesen Vorgängen nicht teilgenommen und antwortete dem Minister auf dessen Mitteilung von dem beabsichtigten Schritte in einem längern Schreiben aus Varzin vom 27. August, dem wir folgende Sätze entnehmen: „Staatsrechtlich vermag ich die Bestimmungen der Bundesverfassung im Artikel 53 nur dahin auszulegen, daß die norddeutsche Marine eine Bundesmarine ist. Wir haben dieses Resultat bei Herstellung der Verfassung sorgfältig und bewußterweise erstrebt und darin nicht eine Verminderung der Stellung des Königs gesehen, zu der ich gewiß nicht die Hand geboten hätte, sondern eine Mediatisierung der übrigen Bundesstaaten zugunsten Sr. Majestät bezüglich der Marine, wie sie analog in betreff des Post- und Telegraphenwesens und mancher andern juristischen Gebiete stattgefunden haben. Die Form, in welcher der König die Herrschaft in Deutschland übt, hat mir niemals eine besondere Wichtigkeit gehabt; an die Tatsache, daß er sie übt, habe ich alle Kräfte des Strebens gesetzt, die mir Gott gegeben, und daß unser Herr der Gebieter über die deutschen Seekräfte im vollsten Maße ist, steht außer Zweifel. Sollen wir Denen, die nicht den Namen Preußen führen, die Unterordnung, ohne welche die Einheit unmöglich ist, durch äußerliche Formen erschweren? . . .“ An einer andern Stelle in demselben Schreiben heißt es: „Hätten wir 1866 sofort das »Deutsch« oder auch nur »Norddeutsch« dem »Preußisch« substituieren können, wir wären jetzt schon zwanzig Jahre weiter. Wie schwer solche Namen wiegen, das zeigt Ihr eignes Beispiel, und Sie werden doch zugeben, daß wir beide und unser allergn. Herr geborene Norddeutsche sind, während vor etwa 170 Jahren unsre Vorfahren sich im höheren Interesse ruhig gefallen ließen, den glorreichen Namen der Brandenburger gegen den damals ziemlich verschollenen der Preußen zu vertauschen, ohne Preußen zu sein. Ich hoffe zu Gott, daß die Zeit kommen wird, wo unsre Söhne es sich zur Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer Kön. (iglichen) deutschen Flotte und im Kön. (iglichen) deutschen Heere zu dienen. Dazu aber müssen wir uns

Freunde mit dem ungerechten (?) Mammon der Lebensart machen und nicht als Preußen wie an jeder andern Spitze, auch an der des Partikularismus stehen.“ Es geht hieraus hervor, daß Bismarck im Jahre 1869 sehr wohl schon an ein „königlich deutsches Heer“ dachte, also wenigstens an die militärische Einheit. Es liegt nahe, anzunehmen, daß ihn der Fortgang der Gedankenentwicklung, die in diesem Briefe zum Ausdruck kommt, innerhalb der nächsten Monate auch zur Kaiseridee geführt hat. Eine kleine Ursache und eine große Wirkung.

In betreff des Kaisertitels stießen nun die Anschauungen der nächstbeteiligten Persönlichkeiten sowie auch der andern fürstlichen Bundesmitglieder sehr hart mit denen des Bundeskanzlers zusammen. Sie hatten durchaus keine Neigung, Bayern auch noch hierin nachzugeben, sondern empfanden es als ein beschämendes Gefühl, daß die Meinung aller andern deutschen Fürsten gegen die der bayrischen Minister — von der Ansicht des Königs Ludwig wußte man überhaupt nichts — zurückstehen sollte. Es muß hier eingeschaltet werden, daß der Titel „Kaiser von Deutschland“ anfangs von den Bayern nicht prinzipiell angefochten worden zu sein scheint. Wenigstens berichtet der Großherzog von Oldenburg in seinen Aufzeichnungen über eine Unterredung, die er am 23. November 1870 in Versailles mit dem bayrischen Minister von Luz gehabt hat. Dieser habe berichtet: in betreff der Kaiserfrage hätten die Minister wieder dringend den König gebeten, die Initiative zu ergreifen, sowohl brieflich wie telegraphisch. Bismarck habe versprochen, seinen ganzen Einfluß aufzuwenden, daß sich der Reichstag in dieser Frage passiv verhalte, bis ihm Vorlagen zügingen. Es sei zu hoffen, daß der König von Bayern an die Fürsten die Aufforderung erlasse, mit ihm gemeinschaftlich die Kaiserwürde dem König von Preußen anzubieten. Wegen des Titels sei es unzweifelhaft, daß Kaiser von Deutschland gewählt werde. Herr von Luz erzählte weiter, daß Bennigsen und Lascker in München erklärt hätten, der Reichstag werde bayrischen Sonderwünschen alle Rücksicht zuteil werden lassen, und dies auch schriftlich getan hätten. Diese Aktenstücke habe er Bismarck gezeigt, als dieser sich auf den Reichstag berufen hätte; der Kanzler sei sehr erstaunt darüber gewesen, habe aber gute Miene zum bösen Spiel gemacht und sich eine Abschrift ausgebenen, um sich nötigenfalls darauf dem Reichstag gegenüber berufen zu können. — Soweit die Aufzeichnung des Großherzogs von Oldenburg, die von Lorenz in der Anmerkung zu seinem Buche Seite 610 mitgeteilt wird. Es geht daraus hervor, daß bei der Unterzeichnung der Versailler Verträge, die am 23. November stattfand, der Titel „Kaiser von Deutschland“ von bayrischer Seite noch nicht beanstandet worden war. Wenigstens scheint Luz davon nichts gewußt zu haben, und es hätte somit eine Abmachung nur zwischen Bismarck und dem Grafen Bray stattgefunden, vielleicht auch nur mit dem Grafen Hohenstein.

Was aber die Sache besonders kompliziert machte, war der Umstand, daß dem König Wilhelm am 11. Januar von bayrischer Seite eine persönliche

Mitteilung zuing, wonach sich die Schwierigkeiten, die die bayrische Regierung finde, die Verträge im Landtage durchzubringen, nahezu unüberwindlich gestalteten. Ein wesentliches Mittel zur Abhilfe könne nur noch darin gefunden werden, daß Preußen auf den vereinbarten Fahneneid Verzicht leiste; das bayrische Heer sei ohnehin ein so großer Körper, daß es besondere Rücksichten beanspruchen könne. Der König erwiderte, er erinnere sich im Augenblick des Wortlauts der Vereinbarungen nicht so genau, daß er eine bestimmte Erklärung geben könnte, aber er halte schon jetzt dafür, daß eine solche Änderung mit Rücksicht auf alle übrigen Staaten nicht getroffen werden könne. Hierauf wurde geantwortet, es sei auch nicht die Absicht, den Vertrag zu ändern, sondern nur eine geheime Verabredung zu treffen, wonach der Vertrag in diesem Punkte nicht zur Anwendung kommen sollte. Diese Zumutung lehnte der König in der bestimmtesten Weise ab. Zu derselben Zeit war ein Brief des Königs Ludwig übergeben worden, in dem nur eine Entschuldigung enthalten war, der vom Fürsten Lynar überbrachten Einladung nach Versailles nicht Folge leisten zu können. Der König befinde sich unwohl, und es sei ihm die Reise ins Hauptquartier deshalb unmöglich. Von einer Veränderung in der Eidesleistung war in diesem kurzen und kühlen Schreiben keine Rede. Der Bundeskanzler beschritt nunmehr auf Weisung des Königs Wilhelm den amtlichen Weg nach München, aber der preußische Gesandte vermochte nur mitzuteilen, Graf Bray erkläre, außerstande zu sein, seinen König zu sprechen. Der bayrische Landtag nahm, wie hier vorgehend bemerkt sein möge, die Verträge am 21. Januar nach zehntägiger leidenschaftlicher Debatte mit knapper Zweidrittelmajorität an, unter Verwahrung der sogenannten Patriotenpartei. Zugleich wurde in München verbreitet, der König sei sehr enttäuscht, daß sein Antrag auf Herstellung der Kaiserwürde mißverstanden worden sei; er habe durchaus nicht an ein erbliches preußisches Kaisertum gedacht, und es sei auch in seinem Briefe von der Erblichkeit nicht die Rede gewesen. Diese Dinge waren selbstverständlich nicht geeignet, in Versailles eine Neigung hervorzurufen, Bayern noch weitere Zugeständnisse zu machen und namentlich die Kaiserproklamation über den 18. Januar hinaus bis nach Annahme der Verträge durch den bayrischen Landtag zu verschieben. Auch der badische Gesandte in München, Herr von Mohl, berichtete am 16. Januar dem Großherzog über das angeblich von Sr. Majestät dem König von Bayern gestellte Verlangen, den Fahneneid des bayrischen Heeres nachzulassen, und noch im März 1871 meldete der badische Gesandte von Freyhof dem Großherzog aus Berlin aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses, daß Bayern beim Artikel 63 hinter dem Worte „Kaiser“ die Einschaltung „als Bundesfeldherr“ beantrage, was von anderer Seite abgelehnt und schließlich auch schon als Tautologie für überflüssig angesehen wurde.

Der 18. Januar nahte heran, und es mußten Beschlüsse gefaßt werden. Der Gang der Angelegenheit war für den König angreifend und ermüdend, er sprach die Absicht aus, die Heereseinheit nunmehr aufzugeben und wieder

zu seinem preußischen Standpunkt zurückzukehren. Der Großherzog lud die übrigen in Versailles anwesenden Fürsten zu einer Beratung ein, um den König zu einem selbständigen Vorwärtsschreiten in der Kaiserfrage aufzufordern. Am 13. Januar meldet sich Minister Delbrück bei dem Großherzog, um im Auftrage des Bundeskanzlers die Titelfrage zu besprechen. Hierbei berief sich Delbrück besonders darauf, daß vom Bundesrat und vom Reichstag die Bezeichnung „Deutscher Kaiser“ statt Präsidium in die Verfassung eingesetzt worden sei, auch verteidigte er die Auffassung Bismarcks, wonach die Bezeichnung „Kaiser von Deutschland“ einen Territorialanspruch bedeuten würde.\*) Der Großherzog erwiderte, es scheine ihm in diesem Punkte eine viel zu weitgehende Nachgiebigkeit gegen Bayern vorzuliegen, und er glaube allerdings, daß sich so starke Gegensätze der Anschauungen nicht leicht vereinigen ließen. Delbrück erklärte, er habe nur die Aufgabe, die Ansicht des Bundeskanzlers zu vertreten; dieser aber sei in diesem Punkte fest und könne sich schlechterdings zu keinem Zugeständnis entschließen. Am folgenden Tage fand eine Unterredung des Großherzogs mit dem Könige statt. Der König beklagte, daß sich so große Schwierigkeiten nun auch wegen des Titels ergeben hätten, der Titel Deutscher Kaiser sei durchaus nicht der richtige,\*\*) aber leider habe Bismarck diese Sache mit den Bayern besprochen und ihn erst jetzt davon unterrichtet. Der Großherzog erwiderte, daß es alle anwesenden Fürsten sehr beklagen würden, wenn sich der König nicht Kaiser von Deutschland nennen würde. Es sei in diesen Kreisen bekannt, daß aus Rücksicht für Bayern eine Sache geschehen solle, die weder in Deutschland noch im Auslande verstanden werde. Auch könne er dem Könige nicht verhehlen, daß man anfangs, sich die Frage zu stellen, warum denn auf die Gegner immer mehr Rücksicht als auf die Freunde genommen werde, um so mehr als die Freunde einen starken Kaiser, die Gegner nur einen Titelfaiser wünschten. Es sei auch schon erwogen worden, ob die Fürsten nicht einen kollektiven Schritt tun sollten, den König zu bitten, sich als Kaiser von Deutschland zu proklamieren und alle damit gegebenen Folgerungen sofort ins Leben zu rufen. Der König erwiderte, er habe schon lange zu Bismarck gesagt, daß diese Rücksichten auf Bayern nicht gerechtfertigt seien, und daß wir auf die Freunde mehr Rücksicht nehmen sollten, er werde nochmals mit Bismarck darüber reden.

\*) Selbstamerweise ist gerade im (französischen) diplomatischen Sprachgebrauch von dieser Auffassung abgegangen worden. Alle internationalen Aktenstücke, so auch der in Berlin selbst unter Bismarcks Leitung redigierte Berliner Vertrag, wenden stets die Bezeichnung l'Empereur d'Allemagne, nicht l'Empereur Allemand, an. Ebenso schreiben die französischen Zeitungen und das halbamtliche Journal de St. Pétersbourg bis auf den heutigen Tag immer l'Empereur d'Allemagne, dem somit die internationale Anerkennung nicht fehlt und auch nicht gefehlt haben würde, wenn der Titel „Kaiser von Deutschland“ gewählt worden wäre.

\*\*) Die Reichsverfassung von 1849 hatte im Paragraph 70 festgesetzt, dem damaligen belgisch-französischen konstitutionellen Geschmack entsprechend: „Das Reichsoberhaupt führt den Titel »Kaiser der Deutschen.«“

Am demselben Tage war die Antwort des Königs, die Kaiserwürde annehmen zu wollen, nachdem der bayrische Antrag mit der Zustimmung aller Fürsten offiziell in Berlin übergeben worden war, im gleichlautenden Wortlaut allen Fürsten und freien Städten zugegangen. Am Sonntag, den 15. Januar eröffnete der König seinen endgiltigen Willen, daß die Kaiserproklamation am 18. Januar stattfinden solle, und beauftragte den Kronprinzen mit der Anordnung der Feier. Am 16. Januar erging eine Resolution des Königs an den Bundeskanzler, in der er bestimmte, daß er den Titel Kaiser von Deutschland führen wolle. Indem er sich bedauernd darüber aussprach, daß ihm nicht früher bekannt geworden sei, in welcher Weise die Frage mit Bayern behandelt wurde, erklärte er, die Konsequenzen dieses Verfahrens nicht annehmen zu können, da er die Bezeichnung Kaiser von Deutschland für die richtigere halte. In allen andern Punkten trat er überwiegend den Anträgen Bismarcks gegenüber denen des Kronprinzen bei. In seiner Erwiderung beharrte der Kanzler unter Betonung seiner Verantwortlichkeit durchaus bei seiner Behauptung, daß der Titel Kaiser von Deutschland einen Territorialanspruch enthalte, und er scheint bei diesem Anlaß die Kabinettsfrage gestellt zu haben. Ebenso aber blieben die Fürsten auf ihrem Standpunkte, und der Großherzog von Baden wies dem Kronprinzen gegenüber nachdrücklich auf die für Deutschlands politische Verhältnisse immer drohendere Gefahr hin, daß die bayrischen Minister, die die Sache offenbar ganz auf ihre eigne Faust und nicht einmal unter ausdrücklicher Instruierung des Königs Ludwig dem Bundeskanzler abgerungen haben mußten, immer verwegener und übermütiger werden würden, wenn man ihnen auch hierin zu Willen sein wollte. Die Auffassung des Bundeskanzlers hatte inzwischen eine Unterstützung gefunden durch den Hausminister von Schleinitz, der mit dem Oberzeremonienmeister Grafen Stillfried auf Befehl des Königs in Versailles eingetroffen war. Für den 17. Januar war vom König eine Konferenz anberaumt, an der außer ihm der Kronprinz, Bismarck und der Hausminister von Schleinitz teilnahmen. Über diese Konferenz hat Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ berichtet. Das Ergebnis war, daß der König den Befehl gab, die ganze Feierlichkeit abzufagen, weil eine Einigung nicht stattfinden könne. Nicht ohne Mühe gelang es, ihn zu beruhigen, um die Festsetzungen zu treffen, die seitdem in Deutschland öffentliches Recht geworden sind. Besonders gereizt soll der König dadurch gewesen sein, daß Bismarck seinen Rücktritt in Aussicht stellte, an dem dieser noch in seinem Gespräch mit dem Großherzog nach der Kaisertafel des nächsten Tages festhielt.

Unter dieser schwülen Stimmung für alle beteiligten Kreise kam der 18. Januar, die weltgeschichtliche Feierlichkeit heran. Der König hatte die Leegesellschaft für den 17. abends absagen lassen, eine Aussprache hatte insolgedessen nicht mehr stattfinden können. Der Großherzog empfing vom König wie vom Kronprinzen die Mitteilung, daß, obgleich Graf Bismarck den Titel Kaiser von Deutschland nicht wolle, der Großherzog diese Bezeichnung doch gebrauchen solle, wenn er nach dem

Act der Proklamierung ein Hoch auf den Kaiser ausbringe. Dem Großherzog blieb nichts andres übrig, als bei Beginn der Festversammlung mit Bismarck noch einmal Rücksprache zu nehmen, der aber ebenso auf seinem Standpunkte verharrte wie der König auf dem seinigen. Der Großherzog erwiderte, es könne für ihn nur noch den einen Weg geben, noch in der letzten Stunde eine Vermittlung der Gegensätze zu versuchen, indem er den König von der Lage unterrichtete und ihm die Bedenken des Bundeskanzlers mitteile. Die Züge des Grafen Bismarck verrieten, wie der Großherzog hinzufügt, eine von jenen tiefen Erregungen, „in denen er sogar dem unzweideutigsten und aufrichtigsten Ausspruch mißtraut“. Wenig Minuten darauf erschien der König, tief ergriffen. Seine innere Bewegung war so groß und durch das rasche Ersteigen der großen Marmortreppe noch vermehrt, daß er Mühe hatte, die Fürsten mit einer kurzen Ansprache zu begrüßen. Die Aufzeichnungen des Großherzogs berichten nun: „Ich benutzte einen freien Augenblick, dem König die vorhin bezeichnete Lage zu schildern und hob hervor, daß nach erfolgter königlicher Sanction es mir rasam scheine, bei diesem feierlichen Act nur die Ausdrücke zu gebrauchen, welche streng den gegebenen Bestimmungen entsprächen, da ja jeder hier von offizieller Bedeutung sei. Der König war sehr ungehalten darüber und äußerte sich in heftigen Ausdrücken über den Grafen Bismarck. Ich suchte ihn dadurch zu beruhigen, daß ich ihm vorschlug, ich wolle das Hoch so ausdrücken, daß weder die eine noch die andre Bezeichnung genannt werde, worauf der König etwas unwillig erwiderte: »Du kannst es machen, wie Du willst, ich werde mich später doch nur so nennen, wie ich es will, nicht wie Bismarck es bestimmen will.« Nun war ich wieder auf mich selbst angewiesen, da der König sich abwandte und uns aufforderte, ihm in den großen Saal zu folgen. Da ich dem Könige mit dem Kronprinzen folgte, so machte ich letztem den Vorschlag, nur Kaiser Wilhelm zu sagen, womit er einverstanden war.“ Als der gegebene Augenblick gekommen war, rief der Großherzog, so laut er konnte, in die lautlos harrende Versammlung: „Seine kaiserliche und königliche Majestät Kaiser Wilhelm lebe hoch!“ was sechsfach wiederholt wurde. Damit hatte die weise Vermittlung des Großherzogs auch diese Frage unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen glücklich gelöst. Wie er der erste gewesen war, der die Kaiserfrage erhob, sie amtlich sowohl als im Verkehr von Fürst zu Fürst geschäftlich angeregt hatte, so war ihm auch in der feierlichen Stunde, die seine Wünsche und zugleich das Sehnen ganzer Geschlechter erfüllte, die Aufgabe zugefallen, vor und mit allem Volk und seinen Fürsten zuerst den Kaiser zu grüßen.

Die nach jeder Richtung schwere Geburt schien mit dem 18. Januar glücklich beendet zu sein, aber der Großherzog hatte selbst noch im März in Berlin, zur Zeit der Beratung des Reichsverfassungsgesetzes, als Bayern für seine Ansprüche auch noch die Unterstützung Sachsens fand, das nicht schlechter als die beiden andern Königreiche gestellt sein wollte, mit klugem Rathschlag fördernd und helfend einzugreifen. Ebenso war er in Versailles für den König wie für den Bundes-

kanzler und den Kriegsminister geradezu unentbehrlich in allen den strittigen Fragen, die sich auf den Angriff von Paris und auf Schwierigkeiten bei den Friedensverhandlungen bezogen, namentlich auch, als es sich um Mex handelte. Er genoß dabei das Vertrauen des Kaisers in hohem Grade. Nach dem dreistündigen Conseil vom 26. Januar, bei dem es sich wesentlich um den militärischen Teil der Friedenspräliminarien handelte, sagte der Kaiser zum Großherzog, „daß er alle Sorge nur dahin zu wenden habe, alle Köpfe unter einen Hut zu bringen, da die politischen Interessen von militärischer Seite nicht verstanden und die militärischen von der politischen Seite nicht gewürdigt würden“.

Die segensreiche Tätigkeit des Großherzogs in Versailles bei allen diesen Fragen im einzelnen zu schildern, wird dereinst eine dankbare Arbeit für einen gewandten und patriotischen Biographen sein, dem sich die Quellen der Aufzeichnungen und Archive erschließen. Diese Arbeit erhebt nur den bescheidenen Anspruch, aus dem schon vorhandnen Material für weitere Kreise ein Bild seiner hingebenden Tätigkeit zu geben, der es, wie Kaiser Wilhelm der Zweite jüngst feierlich ausgesprochen hat, wesentlich zu danken ist, daß sich des Reichs Standarte in den Lüften entrollt.



## Luftreisen

Von Johannes Poeschel

### 4. Nach Rußland



ieder ist's eine köstliche Vollmondnacht, und wieder war ungünstiges Wetter vorausgegangen. Schwere Gewitter hatten sich noch in der Nacht zuvor vom 3. zum 4. August entladen, auch den Tag über war der Himmel bewölkt gewesen und hatte öfters Regenschauer entsandt. Aber je näher die Stunde der Auffahrt kam, um so mehr hellte er sich auf, und der aufsteigende Vollmond brachte völlige Klarheit. 11 Uhr 40 Minuten schwebte dieselbe dreiköpfige Reisegeellschaft, die in der Pfingstwoche auf den Spicherer Höhen gelandet war, erwartungsvoll über die Muldenaue bei Bitterfeld empor. Wohin wird diesmal der „Ernst“ sie tragen? Der Wind hat mehrmals gewechselt, doch scheint der West jetzt die Oberhand zu gewinnen, der hierzulande ja recht häufig weht, vom Luftschiffer aber wenig geschätzt wird, zumal wenn eine Dauerfahrt geplant ist. Etwa in Rußland niedergehn müssen, unter den jetzigen Verhältnissen, lieber nicht! Hoffen wir also, daß der Wind umschlägt, oder daß sich in höhern Schichten die bekannte, in der Bewegung der Erde begründete Rechtsdrehung recht kräftig geltend macht. Häufig wahrgenommener Luftzug bestärkt uns in der Hoffnung auf einen Richtungswechsel.